Danziger Zeitung.

DZE HM

No. 95.

Im Verlage der Müllerschen Buchdruckerei auf dem Holzmarkte.

Dienstag, den 15. Juni 1819.

München, vom 27. Mai.

Gestern überbrachte der Finanzminister den Ständen die zur Jahresfeier der Verfassungs-Urkunde geprägte Münze, die als Landesmünze in Umlauf gesetzt wird. Mehrere Reden feierten den merkwürdigen Tag, dem auch die Versammlung durch fast einstimmige Annahme des Antrags auf Einführung der Oeffentlichkeit der Rechtspflege huldigte. Heute werden die Stände sich aus dem Versammlungssaal zum öffentlichen Gottesdienst jede Konfession in ihre Kirche begeben — In den Sitzungen ist man noch stets mit dem Budget beschäftigt, und wiederholt immer und immer das große Thema Sparsamkeit. Da es uns an Raum zur vollständigen Mittheilung der Verhandlungen fehlt, so begnügen wir uns mit einzelnen merkwürdigen Aeußerungen. Wankel tadelte: daß für 6000 neue Gewehre und 6000 Pistolen jährlich 100 000 Gulden gefordert würden. Häcker wies auf die Folgen hin, welche sich für ganz Deutschland ergeben würden, wenn die Stände nicht in der größten Vereinigung mit der Regierung, und wenn sie ohne Resultat auseinander gehen würden. Er rieth daher der Regierung mit Vertrauen entgegen zu kommen, und 8 Millionen für das Militair zu bewilligen. Behr meinte: das Wort Ersparniß wäre leichter ausgesprochen, als seinem ganzen Umfange nach ins Werk gesetzt; durch willkührliches Streichen würde die Gerechtigkeit verletzt. Wolle man die Würde eines Volksvertreters nach dem Maaß des Widerspruchs gegen die Regierung, oder nach dem Beifall jenes Theils des Publikums abmessen, der nicht unterrichtet ist, nicht unterrichtet seyn kann, dann gestehe er: nicht darnach zu geizen. — Die 20.000 G. Zulage, die für die katholische Universität Würzburg gefordert worden, wollten mehrere Mitglieder der evangelischen in Erlangen zur Hälfte mitgetheilt wissen, zumal der schlecht versorgten theologischen Fakultät. Bei den Berathungen über den Kultus äußerte Behr: Zwei Erzbischöfe seyen zu viel, auch könnten einige Bischöfe weniger seyn; doch der Vertrag stehe fest und bliebe es. Das Volk muß sich dabei beruhigen. Hoffstetten: Man habe hier von Abschaffung eines Ministers gesprochen; warum nicht lieber einen Erzbischof weniger. Große Differenzen könnten durch zwei Erzbischöfe entstehen, man wisse ja, wie vielerlei Meinungen es gebe. Mystiker und Nichtmystiker, Wessenbergianer und Nicht-Wessenbergianer, Aufgeklärte und Finstere 2c. Es hieße zwar Konkordat (Einigung), aber zwei Erzbischöfe könnten gerade das Gegentheil seyn. Man solle die Besoldung des zweiten Erzbischofs den Besoldungen armer Landpfarrer zulegen. Es sey Schande wie schlecht manche bezahlt wären; er könne wahre Skandale anführen und beweisen. In Frankreich hat der allerchristlichste König das Konkordat verworfen, warum soll es denn unser König nicht können? Es sey kein ewiges unveränderliches Werk, und er sehe nicht ein, warum zum Wohl der Kirche und des Staats nicht Abänderung getroffen werden könne. v. Hornthal: Einmal

abgeschlossene Verträge müßten erfüllt werden. Die Verbindlichkeit wäre da, aber man brauche damit eben nicht zu eilen. Das Oberhaupt der Kirche könne nicht wollen, daß dadurch ein ganzes Volk gedrückt werde. Man müsse zurück halten, bis das Volk einige Jahre erleichtert sey. Er könne sich nicht überzeugen, daß noch besondere Regiekosten seyn müssen. Wofür denn jährlich 82,000 G. und das auf 6 Jahre? Sie sind im Konkordat nicht stipulirt. Der Vollzug soll mit Erleichterung geschehen. Hier wäre einmal der Fall, wo die Gesandtschaft in Rom etwas erzielen soll, leisten kann, was sie soll. Mit der Auskunft, die der Staatsrath v. Schilcher über die Regiekosten gab, war er zufrieden, und bedauerte nur: daß die Ausschüsse sich so leicht abfertigen ließen, und dann auch die ganze Kammer regieren wollten. Bei dem Finanz-Ministerium sollte die Dispositionssumme nicht bewilligt werden, da ohnehin auf einen Reservefond von 700,000 G. angetragen ist. Der oberste Rechnungshof wäre, da nicht vom Entscheiden und Berathen, sondern nur vom Rechnen die Rede sey, zu groß und zu kostspielig. Das General-Fiskalat halte den Geschäftsgang außerordentlich auf, und plage die Partheien. Den Kreis-Regierungs-Fiskalaten sey ein weiterer Wirkungskreis zu geben, dadurch werden viel Kosten, Zeit und Mühe erspart. Die Steuerkataster-Kommission bestehe schon 10 bis 11 Jahre, und doch wäre erst ein ganz kleiner Theil vermessen. Wenn dieses Verhältniß so fortdaure, so wird dadurch ein großer Theil der Güter im Reich im Werth aufgewogen; denn schon macht die Summe der Ausgaben mit Zinsen und Zwischenzinsen über 4½ Million, und das müsse, wenn es so fortginge, bis zum Jahr 1840 dauern. Jeder Güterbesitzer soll seinen Grund und Boden auf seine Kosten vermessen lassen. Jetzt muß auch der Aermste daran bezahlen, und es sollten doch nur Güterbesitzer bezahlen. — Nach einem Durchschnitt von 12 Jahren, von 1805 bis 1817, war das Maximum der Kosten des Wasser-, Brücken- u. Straßenbaues 900 000 G. und bewirkt ausnehmend viel, was er angab. In Erwägung dieser großen Arbeiten könne er nicht begreifen, wie es möglich ist, daß jetzt 400,000 G. mehr aufgehen? 300,000 G. können und müssen gestrichen werden. Gegen die Eisenbahnen sey er nicht, doch erlaube der Finanz-Zustand ihre Einführung noch nicht. Der Ministerialrath v. Stengel giebt Auskunft über die Ursachen der Mehrausgabe. Theuerung des Lohns und des Materials; weniger Frohnen. Mehr Landbauten. Abschaffung der Zölle über Nothbrücken. Die große neue und kostbare Schöpfung des Donaumooses. Der Felsenboden von Tyrol, Vorarlberg und Salzburg war leichter zu chaussiren, als der Sandboden vom Rheinkreis und Unter-Mainkreis ꝛc. Wankel sprach über große Nachlässigkeiten ꝛc. der Beamten dieses Faches. Der Minister der Finanzen forderte auf, sie anzuzeigen, damit sie nach aller Strenge der Gesetze bestraft werden können, oder wenn er es nicht beweisen könne, seine Ausdrücke zu mäßigen. v. Seuffert und v. Hornthal freuen sich zwar über diese Aufforderung, wünschen jedoch, daß die Mitglieder der Kammer nie mehr in ihren Ausdrücken gehindert werden möchten. Es wären manche unter ihnen, die ohnedies Rücksichten haben können, und eine Drohung oder dergleichen würde sie dann stumm machen und für ihre Bestimmung verloren gehen. Minister der Finanzen: Er ehre die Redefreiheit, müsse aber wünschen, daß sie nicht gemißbraucht werde. v. Hoffstetten: Jeder müsse frei denken und reden dürfen, aber auch nennen, denn mit Anspielungen wäre nichts geholfen.

In der Abendsitzung am 24sten ward ein Schreiben des Kriegsministers folgenden Inhalts verlesen: Der Baiersche Staat muß nach der Bundesakte ein Heer von 35,000 Mann, von welchem ⅛ Kavallerie ist, nebst einer Reserve von 20,000 Mann stellen. Diese Zumuthung sey bei dem erschöpften Zustande des Volkes schwer. Aber die Lage Europa's scheine noch nicht so gesichert, daß davon nachgelassen werden könne. Die Reserve und Cadres müßten noch überdies so gehalten werden, daß in 4 Wochen die Armee mobil gemacht werden könne. Die vielen überzähligen Offiziere (über fünfhundert) ꝛc. wären die Ursache, warum der Etat nicht auf weniger als 8 Mill. anzuschlagen sey. v. Seuffert, Mehmel: Die Nation würde die Summe von 8 Mill. mit Freuden geben, wenn es in ihrer Macht stände. Er trage an, die Gründe der Verweigerung und die Gegenreden der Kammer, dem Besten der Könige vorzulegen, und ihn selbsten entscheiden zu lassen. v. Weinbach: Diese 8 Mill. drückten das Volk zu sehr. (Er vergleicht die Zeit

und Umstände vor 40 Jahren, mit den heutigen.) Er kann den Etat nicht höher als auf 6 Mill. gelten lassen. Im Jahre 1813 hätte man nach vielen Kriegsjahren eine große Armee in 6 Wochen ins Feld gestellt. Dietrich: Mit Standhaftigkeit habe die Nation für das Vaterland Opfer gebracht. Jetzt aber sey das Volk zum Theil zum Betteln gebracht, und schäme sich nur dessen. Man soll Sr. Maj. dem König nicht allein die Nothwendigkeit der 8 Mill., sondern auch den wahren Zustand seines Volkes vorlegen. Behr schlug vor: die Gensd'armerie abzuschaffen mit 600,000 G., Reduzirung des Fuhrwesens mit 250,000 G. v. Hofstetten: Hat man nicht erfahren, was Baiern vermag, wenn es gilt? Bei dem guten Stand, in dem die Armee sey, wären 5 Mill. genug, doch wolle er auch 6 Mill. zugeben rc. v. Hornthal, alles stimme ein, daß die Armee ganz außer Verhältniß mit dem stehe, was das Volk leisten könne. Bei einem Staate mittlerer Größe müssen immer alle Kräfte beisammen bleiben. Wenn das Heer zu groß ist, dann tritt ein, Ermattung, Erschöpfung und Hinwelken. Wenn im Frieden eine Nation verdorrt, wo soll sie zur Zeit der Noth Kraft und Saft hernehmen? Was machen 15 bis 20,000 Mann mehr oder weniger, wenn Krieg entsteht? Wenn Gefahr droht, wird kein Baier Gut oder Blut schonen rc. Es wäre wohl möglich bei besserer Einrichtung; Abschaffung aller Luxusartikel; aller Dinge, die gar nicht zum Wesen des Soldaten gehören. Er glaubt nicht, daß einer in der Armee ist, der dieß Opfer nicht gern bringe. Er soll kein wohlerworbenes Recht verlieren, nur Nebendinge aufgeben. Die Kammer wäre nicht hartnäckig, aber Friedensstand wolle sie. Er trage auf 6 Mill. an, nicht mehr. — Man motivirte den Verkauf unnöthiger Palläste und Gebäude in den Provinzen umher, weil sie große Summen verschlängen, um sie nur im baulichen Stande zu erhalten. Man zählt solcher Gebäude über 5000 im Königreiche. Auch Minister v. Lerchenfeld äußerte sich weise über diesen Gegenstand, empfahl aber doch auch berathende Zurückhaltung so mancher Gebäude, zu gegenwärtigem oder künftigem Bedarf erforderlich. — Man kam auf die Pensionen; 19 Foliobände sollen mit Namen und Beschreibungen der Pensionirten angefüllt seyn. Mehmel und andere erwähnten, daß die große Anzahl der Pensionirten sich von dem willkührlichen zur Ruhesetzen so vieler Staatsdiener herschreibe. Man soll Untersuchungen über sie anstellen lassen; soll die neuen Stifter mit pensionirten Geistlichen besetzen lassen. Auch bei diesem Gegenstande gab von Lerchenfeld Erläuterungen, die durchaus Beifall fanden. — Sie wären nun da; sie würden sich schon wieder mindern; nur solle man sie nicht mit ihren Pensionen zur Schuldentilgungskasse hinweisen, wie geschehen sey. —

Der Rabbiner Rosenfeldt zu Uhlfeldt hat den Ständen eine Denkschrift über die Lage der Israeliten in Baiern übersandt. Er klagt: daß kein Vertreter der Israeliten, welche in Hinsicht der Pflichten ganze, in Betreff der Rechte nur halbe Bürger geworden sind, der Versammlung beiwohne; daher müsse aber die Sache einer unverschuldet abwesenden Parthei mit Schonung behandelt werden. In größeren Städten solle man den Israeliten eigene Handwerks-Institute verstatten, anderer Seits einen eigenen jüdischen Religionslehrer, welcher wöchentlich einigemal, vorzüglich am Sabbathe, unterrichte rc. Zur Ausführung seines weitläufig vorgelegten Verbesserungsplans möchte der König einen Ausschuß aus der Judenschaft aller Kreise veranstalten, worin wenigstens 5 bis 7 brauchbare Rabbiner unter Aufsicht Königl. Kommissarien sich befänden. (Daß die Veredelung der Israeliten am besten von ihnen selbst, von innen heraus ausgehn würde, leidet wohl keinen Zweifel.)

Die Glyptothek, das Prachtgebäude, welches der Kronprinz seit drei Jahren für die Aufstellung plastischer Denkmäler des Alterthums errichten läßt, ist schon so weit gediehen, daß in dem Eingangssaal Monumente aufgestellt werden können. Es wird seit einigen Tagen vom Hof und den Kunstliebhabern mit großer Theilnahme besucht.

Paris, vom 26. Mai.

Seit einigen Tagen, sagt ein hiesiges Blatt, sind alle hiesige Journalisten in Bewegung, um ihre Kaution zu leisten. Bei der Börse trifft man nichts als Herausgeber periodischer oder halbperiodischer Blätter an. Die Litteratur begiebt sich unter den Schutz der Finanzen. Die Mäcena's unserer Zeit sind die Banquiers. Man hat immer gesagt, daß Apollo und Plutus in keinem guten Einverständnisse

mit einander wären; und siehe da, jetzt vereinigen sie sich; allein Apollo ist genöthigt, sich zu demüthigen, damit Plutus Vorschüsse mache. Alles arrangirt sich indeß aufs beste. Die Finanzleute erhalten Geist für ihr Geld und die Gelehrten Geld für ihren Geist; kurz, wir sind wieder in das goldne Zeitalter versetzt.

Unser Bothschafter zu Konstantinopel, Marquis de Riviere, kommt von da nach Frankreich zurück.

Auch ein Französ. Schiff von Marseille ist unweit Kadix von einem Insurgenten-Kaper genommen worden.

In einer kleinen Stadt des südlichen Frankreichs veranstalteten neulich einige Missionairs eine sonderbare Scene. Einer derselben predigte und hatte Voltaire und Rousseau zum Gegenstande seiner Predigt genommen. „Ich weiß wohl, rief er aus, daß noch viele brave Leute sich von dem Reize ihres Geistes und dem Zauber ihrer Beredtsamkeit verführen lassen. Allein ich nehme es auf mich, solche gefährliche Täuschungen zu vernichten. Sollte sich selbst unter Euch, meine Brüder, ein Vertheidiger jener zwei Apostel des Satans befinden, so trete er hervor, er rede, ich verspreche, ihn zu widerlegen, und wenn er nicht zu meinen Füssen fällt, so willige ich ein, mich für besiegt zu erklären." Sogleich ergreift ein Mann das Wort, und unternimmt es, die beiden Philosophen zu vertheidigen. Man kann sich wohl denken, daß es ein Missionair war, der sich im Haufen versteckt hielt, und daß er die Sache, die er zu verlieren beauftragt war, nur schwach vertheidigte. Bald übergiebt er die Waffen, bittet um Gnade, und schreit laut, daß er seinen Voltaire und Rousseau ins Feuer werfen werde. Feuer! Feuer! wiederholten viele der Anwesenden; das Geschrei läuft von Mund zu Munde; es dringt aus der Kirche auf den öffentlichen Platz, von dort in alle Straßen. Die erschrockenen Einwohner stürzen aus den Häusern; man läuft herbei, man drängt sich, man frägt, wo es brenne. Einer antwortet: Die Missionairs sinds, welche predigen.

Ein Privatschreiben aus Livorno vom 14ten dieses meldet, daß die Regierung von Algier die Stadt Tunis, die ehemals unter ihrer Bothmäßigkeit stand, sich unterworfen habe. Ein gewisser Benjunes von Tunis, der mehrere Jahre lang als Staatsgefangener zu Algier war, ist, dieser Angabe nach, zum neuen Bey von Tunis eingesetzt, und der vorige Bey nebst seiner ganzen Familie massacrirt worden. Wie man versichert, soll, ohnerachtet dieser blutigen Revolution, die größte Ruhe zu Tunis herrschen.

Von der Lauter, vom 20. Mai.

Die Französische Regierung hat, dem Vernehmen nach, beschlossen, das bisherige Fort von Bitsch in eine große Festung umzubilden, welche Lothringen, in Verbindung mit Metz, schützen kann. Mehrere Ingenieurs befinden sich dort, um das Terrain zu untersuchen, und einen Plan zu den Befestigungen einzureichen. Man spricht auch von Befestigung eines andern Punkts am Rhein. Einige sagen, Fort Louis solle hergestellt werden; andere behaupten, man werde den Plan, der bereits zur Befestigung Lauterburgs ausgearbeitet war, wieder aufnehmen.

St. Petersburg, vom 19. Mai.

Am 29. April traf zu Kasan auf seiner Reise aus Sibirien nach St. Petersburg der Sohn des Chans der Kirgisenhorde, Dschan Chast Sultan, mit zween seiner Beamten ein.

Im Verlaufe des März-Monats betrug der Werth der in Riga eingeführten ausländischen Waaren 900,000 Rubel und der ausgeführten Russischen 500,000 Rubel.

Die Kupferpreise sind seit kurzem in Folge bedeutender Aufträge aus Frankfurt um ungefähr 10 Prozent gestiegen. Eins der bedeutenden Lager befindet sich unter der Direction des Barons A. F. Rall gegen einen Vorschuß von 400,000 Rubel.

Vermischte Nachrichten.

Würtemberg verlor im Jahre 1817 durch Auswanderung 16,000, 1818 9000 Menschen, bei einer Bevölkerung von einer Million und 400,000 Seelen.

Bonaparte soll jetzt milder behandelt werden. Er hat Longwood verlassen und bewohnt seit dem Januar ein Landhaus des Gouverneurs, das bequemer und näher bei Jamestown liegt, geht fleißig spatzieren und beschäftigt sich mit Gärtnerei.

Der Kanzler der Universität Halle, Dr. Niemeyer, reiset nach England.